

Kampf mit ungleichen Mitteln - Wahlkampfauftakt in Angola 07:22 / 7301 Z.

080808 Angola Wahlkampf

Freigegeben**Autor:** Cascais, António (DW Portugiesisch) Verw. **08.08.2008****Redaktion:** DW-RADIO / ZPR / Deutsch**Bearbeiter:** **Programmart:** Background**Verantw. Red.:** Ondruskova, Iveta / SB **Herkunft:** DW**Mitwirkende:** Voxpop - Tati - da Costa Júnior - d **Ressort:** Politik**Schlagwörter:****Honorarvermerk:** nein **Änderung / ID:** 08.08.2008 / 080807-11103**Hinweis:** --**Teaser:** In Angola soll am 5. September gewählt werden. Zehn Parteien und vier Wahlbündnisse kämpfen um den Einzug in das Parlament in Luanda. Doch schon jetzt zweifeln viele Beobachter an freien und fairen Wahlen.**Kurzteaser:****► Vorschlag zur Anmoderation:**

In Angola soll am 5. September gewählt werden. Zehn Parteien und vier Wahlbündnisse kämpfen seit Dienstag (5. 8.) offiziell um den Einzug in das Parlament in Luanda. Präsident José Eduardo dos Santos - seit 1979 an der Macht - und die regierende MPLA wollen ihre Macht über das rohstoffreiche Land nicht abgeben. Die Regierung hat kürzlich ein ihr genehmes Wahl-Gesetz im Parlament durchgeboxt. Angesichts der im Lande herrschenden Korruption, Propaganda und Intoleranz zweifeln schon jetzt viele Beobachter an freien und fairen Wahlen. Auf den Straßen Luandas tendieren die Menschen zwischen Skepsis und Zuversicht, wie António Cascais erfahren hat: ◀

*

1. O-Ton Voxpop (portugiesisch):

(António Moisés, Straßenhändler) "Wahlen? Ein schwieriges Kapitel! Keiner weiß, was da auf uns zukommt. Alles ist so unübersichtlich. Es gibt so viele Parteien!"

(Joana Mukundi, Straßenhändlerin) "Ich werde zur Wahl gehen. Ich glaube, wir Angolaner sind inzwischen reif genug zu entscheiden, wer die Geschicke unseres Landes leiten soll."

(Luisa Komba, Studentin) "Die Wahlen werden vom Volk abgehalten. Die Bevölkerung

erhält endlich das Recht, selbst ihre Vertreter zu bestimmen!"

Der Wahlkampf ist offiziell eingeläutet: Zum zweiten Mal seit der Unabhängigkeit von Portugal im Jahre 1975 sind die Bürger Angolas am 5. September zur Wahl des Parlaments aufgerufen. Die ersten Parlamentswahlen hatten 1992, also vor 16 Jahren, stattgefunden. Danach war das Land wieder einmal im Bürgerkrieg versunken.

Die Regierung begann erst 2002 mit einer vorsichtigen "Normalisierung" des Landes, nachdem es ihr gelungen war, Jonas Savimbi, den Führer der lange Zeit vom Westen und dem Apartheid-Regime aus Südafrika unterstützten Rebellengruppen UNITA (Nationalunion für die totale Unabhängigkeit Angolas) zu töten. Damit war der Weg frei für ein endgültiges Friedensabkommen. Die angolansische Regierung achtete vor allem darauf, dass die Macht des Präsidenten José Eduardo dos Santos und seiner ursprünglich marxistisch-leninistisch ausgerichteten MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas) nicht angetastet wurde.

Im Parlament sind zwar mehrere Oppositionsparteien seit 1992 vertreten. Sie dürfen ein wenig mitdiskutieren und stellen offiziell sogar Minister in der nationalen Einheitsregierung. Aber die eigentliche Macht im Lande liegt derzeit nicht im Parlament oder bei den Ministerien, sondern beim allgegenwärtigen Präsidenten José Eduardo dos Santos und seinem Präsidialamt. Und José Eduardo dos Santos wurde noch nie direkt vom Volk gewählt, seitdem er vor fast 30 Jahren den verstorbenen Staatsgründer Agostinho Neto im Amt des Staatspräsidenten beerbte. Auch im September steht erst einmal nur das Parlament zur Wahl.

Unter José Eduardo dos Santos und seiner MPLA herrschen nach Ansicht zahlreicher Beobachter Vetternwirtschaft und Personen-Kult. Alle zentralen Stellen in Politik und vor allem in der Wirtschaft sind mit Leuten des Präsidenten besetzt. In Korruptionsrang-Listen wie von Transparency International belegt Angola einen der schlechtesten Plätze.

Angolas Führung geht es vor allem um die persönliche Kontrolle über das Erdöl. Selbst die Weltbank und der Internationale Währungsfonds IWF haben mehrmals mehr Transparenz bei der Verwendung der Öl-Ressourcen angemahnt. In diesem Sommer stieg das Land zum größten Öl produzierenden Land in Afrika vor Nigeria auf. Die Rohöl-Produktion hat sich in den letzten 20 Jahren verzehnfacht und erreichte im August zwei Millionen Barrel pro Tag.

Die Öl-Wirtschaft boomt, doch das Land versinkt im Masseneleid: Die MPLA-Regierung unter dos Santos sei nicht in der Lage, die Bevölkerung zu ernähren oder die kranken Kinder im Land zu versorgen, beklagt die Opposition. Nach Angaben der UNO stirbt jedes vierte Kind bevor es fünf Jahre alt wird, der zweitschlechteste Wert der Welt.

“MPLA” (menos pão, luz e água); “weniger Brot, weniger Strom, weniger Wasser” - diesen Spruch hört man immer wieder auf den Straßen Luandas, freilich hinter vorgehaltener Hand. Doch die MPLA ist entschlossen, an der Macht zu bleiben und überlässt dabei nichts dem Zufall. Unmittelbar nach der Bekanntgabe des Wahl-Termins durch Staatspräsident dos Santos begann die Regierungspartei landesweit mit der Mobilisierung tatsächlicher oder - wie Kritiker behaupten - bezahlter Anhänger.

Die Partei-Führung ist voller Zuversicht, die Wahl zu gewinnen. Fernando Tati, für Öffentlichkeitsarbeit zuständiger Funktionär der MPLA, fasst die Ziele der Regierungspartei zusammen:

2. O-Ton Fernando Tati (portugiesisch):

“Wir arbeiten daran, diese Wahlen mit absoluter Mehrheit und großem Vorsprung vor der Opposition zu gewinnen. Unser Ziel ist es: allein zu regieren. Ganz allein. Wir wollen keine Regierung der Nationalen Versöhnung oder so was. So etwas haben wir nicht mehr nötig.”

Auf öffentlichen Plätzen wird immer wieder die Partei-Hymne gespielt. An vielen Stellen hängt die Landes-Flagge direkt neben der Partei-Flagge. Beide Fahnen sind praktisch identisch. Die Botschaft lautet: Wer gegen die MPLA stimmt ist kein Patriot. Finanziert wird das alles aus staatlichen Mitteln. Gleichzeitig kontrolliert die MPLA den staatlichen Rundfunk und die Presse. Auf die wenigen unabhängigen Wochenzeitungen und Radiostationen wird ständig Druck ausgeübt. Außerhalb der Hauptstadt Luanda sucht man vergebens nach einer freien Presse oder unabhängigem Rundfunk.

Und die Opposition? Der fehlt das Geld. Sogar die UNITA (Nationalunion für die totale Befreiung Angolas), die größte und am besten organisierte Oppositionspartei, wirkt ausgetrocknet. Sie beklagt sich immer wieder über die Arbeit der Nationalen Wahlkommission, die nicht unabhängig sei, sowie über das Wahl-Gesetz, das von der Regierungspartei quasi im Alleingang durchgeboxt worden sei. Adalberto da Costa Júnior,

Pressesprecher der UNITA:

3. O-Ton Adalberto da Costa Júnior (portugiesisch):

„Nehmen wir zum Beispiel den Artikel 134 des Wahl-Gesetzes. Darin geht es um die Auszählung der Stimmen in den Wahl-Lokalen: Stellen sie sich vor, in der Urne tauchen 500 Stimmen auf, im gesamten Wahl-Kreis sind aber insgesamt nur 250 Wähler registriert. Der Artikel des Wahl-Gesetzes besagt, dass in einem solchen Fall die Anzahl der Stimmen in der Urne zählt. Ist es möglich, dass es eine solche Regel in unserem Land geben darf? Es darf doch nicht wahr sein, dass es ein solches Gesetz überhaupt geben kann!“

Auch die anderen Oppositionsparteien wirken frustriert. Vor allem auf dem Lande sehen sie sich politisch motivierter Gewalt und Intoleranz von Sympathisanten der Regierungspartei ausgesetzt. Parteibüros von Oppositionellen werden angezündet, ihre Flaggen heruntergerissen und verbrannt. Auch Benjamim da Silva, Generalsekretär der ehemals mächtigsten, antikolonialen Bewegung FNLA (Nationalfront für die Befreiung Angolas) verströmt keine Zuversicht. Er sitzt einfach da in seinem Büro - bettelnd um staatliche Förderung für seinen Wahlkampf:

4. O-Ton Benjamim da Silva (portugiesisch):

„Wir verfügen über keinerlei Mittel für unseren Wahlkampf. Nur mit Geld können wir die Menschen erreichen und mobilisieren. Aber das Regime hat uns enteignet und seit 1996 den Geldhahn abgedreht. Das bedeutet: In diesem Wahlkampf gibt es keine Chancen-Gleichheit. Und solange diese Situation anhält, kann es keine gerechten Wahlen geben.“

Die Regierungspartei MPLA zeigt sich von allen Protesten unbeeindruckt. Sie setzt ihre autoritäre Linie durch. Sie kann sich dabei auf die Unterstützung des Militärs, der Polizei und aller anderen staatlichen Organe verlassen.

Das Ziel für den 5. September ist klar: Der MPLA soll eine Niederlage an den Urnen wie der Schwesterpartei ZANU-PF in Simbabwe auf jeden Fall erspart werden.

<00E14F2D>

Audio in DaletWeb:

http://daletweb/basebrowser/titles_details.php?title_id=7928878